



Steuern gegen Frauenarmut Diskussion eröffnet!

**Diskussionspapier der AG Frauen & Armut
Mai 2013**

Über 220.000 Frauen in Österreich sind akut von Armut betroffen, rund doppelt so viele armutsgefährdet. Steuer- und Abgabensysteme könnten als zentrale Instrumente der Armutsbekämpfung wirken und für eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für soziale, ökonomische und gesellschaftliche Teilhabe aller Frauen sorgen.

Die AG Frauen & Armut der Armutskonferenz schlägt die folgenden Prinzipien und Maßnahmen einer sozial- und geschlechtergerechten Steuerpolitik als wesentlichen Beitrag zur Vermeidung und Bekämpfung von Frauenarmut vor.

Die auf der Perspektive der Armutsbekämpfung erarbeiteten Vorschläge sollen verstärkt in politische Debatten, nicht zuletzt mit Blick auf eine zu erwartende Steuerreform eingebracht werden.

1. Steuern als Grundlage einer Politik des Sozialen

Gerechte Strukturen und Rahmenbedingungen sind die Voraussetzung für ein menschenwürdiges Leben, die Basis für gesellschaftliche Teilhabe und damit das Hauptziel von Politik.

Steuereinnahmen sind notwendig, um soziale Infrastruktur zu sichern.

Das Steuern- und Abgabensystem kann ein machtvoll Instrument sein, um die Verwirklichungschancen aller Frauen und Männer zu erhöhen und damit Armut und Ausgrenzung entgegen zu wirken.

Der zunehmend populär werdende ‚schlanke Staat‘ und die damit verbundenen Steuersenkungen wirken kontraproduktiv, wenn es aufgrund der Einnahmehausfälle zur Senkung von Ausgaben für öffentliche Infrastruktur in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Pflege, Kinderbetreuung, Energie, Verkehr ... kommt.

Weniger Steuern bedeutet dann besonders für einkommensschwache Frauen nicht ‚mehr‘ sondern ‚viel weniger‘ zum Leben.

Ziel soll daher nicht der ‚schlanke‘ sondern der ‚vermögende‘ Staat sein, dem diejenigen Mittel zur Verfügung stehen, die es braucht, um gerechte Strukturen und Rahmenbedingungen zu schaffen und zu halten und der dadurch für viele ‚vieles vermag‘.

Neben der Vermeidung und Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung, dem Schaffen größerer Verteilungsgerechtigkeit und der Finanzierung gesellschaftlicher Aufgaben, geht es dabei auch darum, Dinge zu bewegen, also Innovationen zu fördern, Wirtschaftsprozesse in Richtung Nachhaltigkeit zu lenken, neue Lebensformen und veränderte Geschlechterrollen, eine faire Verteilung verschiedener Formen der Arbeit .. zu fördern und abzusichern.

Freiheit darf kein Privileg der Einkommensstarken sein, deren privilegierte Position ohnehin durch gesellschaftliche Vorleistungen, die gering bzw. unbezahlte Arbeit anderer und dank vorhandener öffentlicher Infrastruktur mitbedingt ist.

Steuern sollen steuern.



Forderungen

Förderung eines breiten gesellschaftlichen Diskurses zu Sinn und Aufgaben von Steuer- und Abgabepolitik
Bekanntnis zur Finanzierung und Schaffung qualitativ besserer sozialer Infrastruktur als zentraler Staatsaufgabe - Abkehr vom Ziel des „schlanken“ Staates
EU-weite Sozial- und Steuerstandards, Verhinderung von Sozial- und Steuerdumping
Partnerschaftliche Teilung von bezahlter Erwerbsarbeit und unbezahlter Versorgungs- und Betreuungsarbeit (sowie auch gesellschaftlicher Arbeit) zwischen Frauen und Männern als explizites Ziel der Ausgestaltung des Steuer- und Abgabensystems

2. Leben und arbeiten

Eine große Zahl an Frauen bezieht ein ungenügendes Einkommen aus Erwerbsarbeit bzw. Sozialleistungen und Pensionen.

Im Sinne einer monetären Existenzsicherung oberhalb der Armutsgrenze sind daher zunächst und zusätzlich zu den in der Folge vorgeschlagenen steuerpolitischen Maßnahmen, Schritte zu einer umfassenden monetären Mindestsicherung zu setzen.

Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns von mind. 1.500 Euro brutto und analoger Regelungen für Teilzeitarbeitsverhältnisse
Die Einbeziehung aller atypisch Beschäftigten (Freie Dienstnehmerinnen und Neue Selbständige) in entsprechende Mindestnormen für die Entlohnung
Sicherstellung „armutsfester“ Mindestgrenzen und des Individualprinzips für alle Sozialtransfers und Versicherungsleistungen (Pensionen, Arbeitslosengeld, Sozialhilfe) bzw. die Schaffung eines bundesweit geltenden Mindestsicherungssystems, das diesen Namen wirklich verdient

Verbesserung der vielzitierten „Work-Life-Balance“, die eine tatsächliche Vereinbarung von Erwerbsarbeit, Privatleben und gesellschaftlichem Engagement erlaubt und dabei die partnerschaftliche Teilung verschiedener Formen von Arbeit fördert.

Allgemeine Arbeitszeitverkürzung (25-32Std./Woche) mit Lohnausgleich bei niedrigen Einkommen
Erhöhung der Teilzeit-Mehrarbeitszuschläge auf 50%
Erhöhte Besteuerung von Überstunden und Teilzeit-Mehrarbeit – evt. auch steuerliche Begünstigung von verkürzten Arbeitszeiten.
Kostenloses qualitativvolles Kinderbetreuungsangebot

Steuerpolitische Forderungen

Schaffung eines transparenten Gehaltssystems ohne steuerliche Begünstigungen und diverse Zulagen (z.B. Umwandlung der Pendlerpauschale u.ä. in auszahlende Fixbeträge)
Abschaffung des Alleinverdiener-Absetzbetrages, Beibehaltung des Absetzbetrages für AlleinerzieherInnen



Beibehaltung der Individualbesteuerung

Das aktuell diskutierte Modell der Familienbesteuerung durch Steuersplitting (Haushaltseinkommen wird addiert, beide Partner zahlen unabhängig vom eigenen Einkommen Steuern für die Hälfte des gesamten Einkommens) bringt Steuervorteile für besser Verdienende: höheres (Männer-)Einkommen wird niedriger besteuert, niedrigeres (Frauen-)Einkommen wird höher besteuert; mit den Einkommensunterschieden wächst der Steuervorteil für den besserverdienenden Teil. Begünstigt werden zudem Alleinverdienerhaushalte.

VerliererInnen sind: BerufseinsteigerInnen, NiedrigverdienerInnen, Haushalte mit partnerschaftlicher Arbeitsteilung, AlleinerzieherInnen.

Von einer tatsächlichen 50/50-Aufteilung des verfügbaren Einkommens kann nicht ausgegangen werden.

Erhöhung des Spitzensteuersatzes

zB auf zumindest 55% ab dem Zehnfachen des Mindestlohnes (dzt. 140.000 Jahresbrutto);

evt. könnte eine weitere Steuerklasse für jene eingeführt werden, die das Hundertfache des Mindestlohnes oder mehr verdienen.

Exkurs Umsatzsteuer

Steigende Preise für Güter des täglichen Bedarfs treffen Einkommensschwache stärker, eine Senkung der Mehrwertsteuer kommt ihnen tendenziell zugute.

Allerdings steht zu befürchten, dass Preissteigerungen die Steuersenkung innerhalb kurzer Zeit ‚auffressen‘.

Forderungen

Diskussion bzw. Analyse positiver Effekte einer möglichen **Rückerstattung der Umsatzsteuer** in Form eines Pauschalbetrages für Personen mit einem Einkommen unter der Lohnsteuergrenze

Diskussion bzw. Analyse positiver Effekte von USt-Senkungen für Güter des täglichen Bedarfs bzw. von Erhöhungen für „Luxus“-Güter (Parfüm, Sportgeräte, Flüge, alkoholische Getränke u.ä.).

Die „moralische“ Subbotschaft sollte hier mitbedacht werden.

Entwicklung weiterer – nachhaltiger – Maßnahmen zB im Zuge einer sozial-ökologischen Steuerreform

Investitionen in Infrastruktur zB Wohnraumsanierung

amtliche Preisregulierung bzw. Preisbeobachtung (Webplattform)

3. Haben und geben

Unterschiedliche Arten von Einkommen werden im österreichischen Steuersystem höchst ungleich behandelt.

Während die Besteuerung auf Erwerbseinkommen hoch ist, werden Vermöge kaum besteuert, auch im europäischen bzw. internationalen Vergleich.

Gleichzeitig steigt auch die Ungleichheit in der Verteilung von Einkommen und Vermögen.



Gesicherte Daten zur Vermögensverteilung fehlen in Österreich, u.a. weil das Bankgeheimnis eine Untersuchung der Verteilung der rasch wachsenden Finanzvermögen unmöglich macht und eine Analyse der Verteilung der Grundvermögen an den veralteten Einheitswerten scheitert.

Fest steht jedoch, dass Menschen mit niedrigem Einkommen überproportional viel zur Finanzierung des Gemeinwohls beitragen, während viele "Reiche" kaum nennenswerte Beiträge leisten müssen.

Steuerpolitische Forderungen

- Aufhebung des Bankgeheimnisses
- Einführung einer Wertschöpfungsabgabe zur Entlastung des Faktors Arbeit
- u.a. würden arbeitsintensive Dienstleistungsbereiche, in denen viele Frauen arbeiten, davon profitieren
- Wiedereinführung einer Vermögenssteuer
- durchschnittlich 1% jährlich für die reichsten 10% würden ca. 6-7 Mrd bringen, weil damit 2/3 der Vermögen erfasst wären (Quelle: Attac)
- Reform der Erbschafts- und Schenkungssteuer
- Anhebung auf EU-Schnitt; Beseitigung der Verwandtschaftsklassen
- Anhebung der Einheitswerte
- eine Annäherung an tatsächliche Marktwerte würde eine Umverteilung in der Landwirtschaft fördern
- Einführung von Steuern auf Finanztransaktionen, zB Kauf- und Verkauf von Wertpapieren
- selbst ein minimaler Steuersatz könnte 1,7 Mrd Jahr bringen (Quelle: Wifo)
- Besteuerung von Wertzuwachs – Vermögenszuwachssteuer (zB Wertzuwachs von Grundstücken, bewohnter Wohnraum könnte evt. ausgenommen werden)
- Abschaffung von Steuerprivilegien für Unternehmen und Stiftungen
- Eintreiben von Steuerschulden

4. Ausgleichen und Gegensteuern

Zu einer weiteren Entlastung und damit Steigerung unterer Einkommen soll auch durch den Ausbau sogenannter „Negativsteuern“ bzw. von Freibeträgen beigetragen werden. Dabei soll auch die Einführung von Sozialversicherungsfreibeträgen, die starke Umverteilungswirkung haben könnte, ernsthaft diskutiert werden, insbesondere im Hinblick auf Auswirkungen auf Versicherungsschutz, Einnahmenausfälle und deren Kompensation etc

Steuerpolitische Forderungen

- Automatische ArbeitnehmerInnen-Veranlagung
- Erhöhung der Negativsteuer auf 500 Euro/Jahr
- Negativsteuer für PensionistInnen
- Umwandlung der Pendlerpauschale sowie von Freibeträgen in Prämien in Fixbetrag bzw. negativ ausbezahlte Absatzbeträge
- Evt. Rückerstattung der Umsatzsteuer in Form eines Pauschalbetrages für Personen mit Einkommen unter der Lohnsteuergrenze



5. Sozial und ökologisch

Die Folgen von Klimawandel und Konsequenzen der Begrenztheit natürlicher Ressourcen treffen Einkommensschwache überproportional stark.

36% des monatlich verfügbaren Haushaltseinkommens müssen in einkommensschwachen Haushalten für Wohnen und Energie ausgegeben werden, 18% für Lebensmittel.

Jede dritte Person in Österreich kann schon jetzt die eigene Wohnung nicht angemessen warm halten.

Steuerpolitische Forderungen:

Umschichtung der Belastung von ArbeitnehmerInnen und Arbeit hin zu Energie- bzw. Umweltverbrauch
CO₂-Abgabe auf umweltverbrauchende, nicht erneuerbare Energieträger wie Kohle, Erdöl und Gas bzw. deren CO₂-Emission
Senkung lohnabhängiger Abgaben (Kommunalsteuer, Wohnbauförderungsbeitrag) und alternative Finanzierung aus Ökosteuer
einkommensunabhängiger „Öko-Bonus“ für Haushalte (Erwachsene ca. € 250,-/Jahr, Kind ca. € 125,-/Jahr) als Negativsteuer bzw. Transfersleistung
energetische Sanierung und Optimierung von Wohnräumen (Wärmedämmung, Umstieg auf erneuerbare Energieträger, Energieeffiziente Geräte + Leuchtmittel)

Weitere Informationen: www.frauenarmut.at

AG Frauen & Armut/Die Armutskonferenz

Informationen und Kontakt

Die Armutskonferenz.
Michaela Moser
Herklotzgasse 21/3, 1150 Wien

T +43 (1) 402 69 44-12
Mobil (M.Moser): 0676-544 26 46
michaela.moser@armutskonferenz.at
office@armutskonferenz.at